

Die Kirche in den Ländern

Die katholische Kirche in Indonesien

Mit der Machtübernahme durch den indonesischen Oberbefehlshaber Suharto scheint das langwierige Ringen zwischen Präsident Sukarno, Armeeführung, Studentenschaft und kommunistischer Partei in Indonesien, das manchmal geradezu anarchische Züge angenommen hatte, ein vorläufiges Ende gefunden zu haben. Das lange Ringen, ausgelöst durch den gescheiterten Staatsstreich der Kommunisten im vergangenen Oktober und durch die teils blutigen Reaktionen der Armee, haben dem Lande, das ohnehin katastrophale wirtschaftliche Rückschläge hinnehmen mußte, tiefe Wunden geschlagen. Mit der Entmachtung Sukarnos geht gleichzeitig die erste geschichtliche Epoche des selbständigen Indonesiens zu Ende.

Die Entwicklungen im neuen Staate

Nachdem 1945 die japanische Herrschaft über die frühere holländische Kolonie zusammengebrochen war, kam es zur kriegerischen Auseinandersetzung mit den zurückgekehrten Holländern (1947/48), bis endlich 1949 Indonesien als souveräner Staat anerkannt wurde. Es gelang dem Führer der nationalen Bewegung, Sukarno, die Einheit des riesigen Reiches (siebenmal so groß wie die Bundesrepublik und doppelt soviel Bewohner) zu erhalten, eines Landes, das sich über eine Länge von ca. 5000 km und eine Breite von ca. 2000 km erstreckt und fast 3000 bewohnte Inseln umfaßt. Der gemeinsame Kampf gegen die Fremdherrschaft hatte ein starkes Nationalgefühl entstehen lassen. Die neue Einheitssprache (Indonesisch), das zentral geleitete und nach westlichem Muster aufgebaute Schul- und Beamtenystem und die nationale Ausrichtung in Presse und Rundfunk halfen, ein neues Volksbewußtsein zu wecken. Die frühere Kolonialherrschaft hatte die einzelnen Inseln mit ihren vielfältigen Völkern und eigenständigen Kulturen ziemlich unberührt gelassen, nicht zuletzt in der Absicht, das Entstehen eines gemeinsamen Staatsgefühls zu verhindern oder doch zu erschweren. Jetzt aber wurden die vielen Teile bewußt zusammengeschlossen. Die neue Staatsführung vereitelte alle Ansätze zu einem föderativen Staat, indem sie die ganze politische und administrative Gewalt in Djakarta auf Java zentralisierte. Auch die höchsten Regierungsgremien auf den Außeninseln kamen gewöhnlich in die Hand von Javanern, was wiederum Gegensätze und Reibereien schuf.

Das im Jahre 1955 gewählte Parlament war wegen innerer Zerstrittenheit handlungsunfähig. Unschwer gelang es Sukarno, es im Jahre 1959 aufzulösen. Seitdem ist es durch den sogenannten Volkskongreß ersetzt. Die vom Präsidenten ernannten ca. 600 Mitglieder sollen alle fünf Jahre einmal einberufen werden. Die politischen Parteien, die sich nicht vorbehaltlos zum persönlichen Regierungsstil Sukarnos bekennen wollten, wurden aufgelöst. Darunter befand sich auch die größte mohammedanische Partei, die Masjumi, welche bei den Wahlen 8 Millionen Stimmen erhalten hatte. Damit war jede parlamentarische Opposition ausgeschaltet. Es wurde nun von Sukarno ein neues Parlament einberufen, das aus von ihm ernannten Vertretern der noch zugelassenen Parteien und der verschiedenen funktionellen Gruppen bestand. Irgendeine politische Bedeutung hat dieses neue Parlament aber nie erlangt. Auch die Kabinettsmit-

glieder — ca. 100 Minister — ernannte der Präsident selbst. Als Präsident auf Lebenszeit und Oberbefehlshaber des Heeres vereinigte Sukarno praktisch die ganze Staatsmacht in seiner Hand.

Wirtschaftliche Stagnation

Es kam die Zeit der gelenkten Demokratie, auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die immer mehr zum Staatsdirigismus auswuchs. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und wirtschaftliche Privatinitiative wurden stark beschnitten. Die ausländischen Plantagen, Handels- und Industrieunternehmungen wurden im Zuge gleichzeitiger politischer Aktionen nationalisiert, die Chinesen als Zwischenhändler ausgeschaltet. Weil aber nun die Übernahme der vielen ausländischen Betriebe fast immer auch mit der Abreise der auswärtigen Fachkräfte verbunden war, begannen bald viele verstaatlichte Betriebe zu stagnieren, die Produktion wurde rückläufig, obwohl das Land sehr reich an Rohstoffen ist (Erdöl, Kautschuk, Copra, Zinn, Tee usw.). Ironisch kritisierte man sich selbst: „Bei uns funktioniert nur noch die Produktion von Babies und Bürokraten.“ Das ausländische Kapital hielt sich begreiflicherweise mit Neuinvestitionen sehr zurück; doch hat der indonesische Staat seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Anleihen stets eingehalten. Die Bundesrepublik Deutschland half mit ca. 130 Millionen DM für Bewässerungsprojekte und zum Ausbau des Fernsprechnetzes in der Hauptstadt. Um Devisen zu sparen, wurden alle Importe rigoros beschränkt. Handel und Industrie unterlagen einschneidenden staatlichen Kontrollen, so auch die allenthalben neu errichteten Landbaugenossenschaften. Ein riesiger Verwaltungsapparat wurde dafür aufgebaut, der sich aber selber wieder als ein großer Hemmschuh der Privatinitiative erwies.

Dazu kam das Problem der starken Bevölkerungszunahme, jährlich ca. 1,8 Millionen. 42% der Bevölkerung sind unter 15 Jahren, und nur 5% über 60. (In Westdeutschland sind vergleichsweise genauso viele Menschen über 60 wie unter 15 Jahren). Auf Java, dem Kern des Staates, ist die Überbevölkerung, mit 500 Menschen auf 1 qkm, ein akutes Problem. Diese Insel macht flächenmäßig nur 7% des Staates aus, wird aber von zwei Dritteln seiner Gesamtbevölkerung (105 Millionen) bewohnt. In den rapid gewachsenen Großstädten Javas wie Djakarta, das in wenigen Jahren von 1 Million auf 3,5 Millionen stieg, und Surabaja, das von 0,5 nach dem Krieg auf 1,5 Millionen wuchs, um nur ein paar Beispiele zu nennen, begann man wirklich Not zu leiden. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Bauern betrug nur noch drei Viertel ihres Einkommens während der Kolonialzeit. Immer mehr Reis mußte aus Thailand und Birma eingeführt werden, die Devisen wurden knapp. Die Produktion von Reis nahm von 1953—65 auf Java um 8,6% zu, die Bevölkerung aber um 20%. Die von der Regierung stark propagierte Umstellung der javanischen Volksernährung von Reis auf Mais fand wenig Gegenliebe.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Die Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten zehn Jahren um das Dreißigfache, aber die Einkommen der Arbeiter nur um das Zehnfache. Der Preisindex, 1958 auf 100, war 1964 schon auf 2570 hinaufgeschwollen und

stieg immer weiter. Das Volk verarmte zusehends. Selbst ein so äußerst genügsames Volk wie das javanische, das zudem in einem klimatisch bevorzugten Lande lebt, sank manchmal unter das Existenzminimum. Alle Grundnahrungsmittel, wie Reis, Mais und Zucker, waren rationiert, genau wie Benzin, Kleidungsstoffe usw. Zwar setzte die Regierung dafür erschwingliche Höchstpreise fest, aber die Zuteilungen reichten selbst bei sparsamstem Verbrauch nicht aus. Alle Versorgungsgüter wurden unerschwinglich teuer, die chronische Mangelwirtschaft führte zum ausgedehnten Schwarzhandel. Die eigene Industrie leistete zu wenig und für die Einfuhr wichtiger Konsumgüter fehlten die Devisen. Dauernder Rohstoffmangel, das Fehlen von Ersatzteilen, ferner von qualifizierten Fachkräften zwangen zu kostspieligen Improvisationen. Betrug doch die Zahl der Ingenieure in Indonesien vor einigen Jahren erst ca. 1100. Die westdeutsche Industrie stellt vergleichsweise jedes Jahr 6000 neue Ingenieure ein und leidet doch noch Mangel daran. Auch der Verschleiß durch unsachgemäße Wartung der Maschinen und Anlagen ist sehr groß. Es fehlt das technische Wissen, dazu vielerorts eine rationelle Arbeitsweise. Bei der nun schon jahrelang anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation blühen aber allenthalben Bestechlichkeit, Veruntreuung und Schiebertum. Die Arbeitslosigkeit nimmt, etwas verdeckt, weil auch unrentable Betriebe ihre Leute nicht entlassen dürfen, fortwährend zu, vor allem in den Städten. Für die vielen Tausende Absolventen der höheren Schulen fehlen die Arbeitsplätze, da auch alle staatlichen Verwaltungsstellen überfüllt sind, auch nachdem man das Pensionsalter für Beamte und Lehrer auf 55 Jahre herabgesetzt hat.

Die auf ca. zwei Milliarden Dollar geschätzte Entwicklungshilfe (vor allem aus den USA) wurde zu einem guten Teil für militärische Zwecke verwandt. Demselben Zweck dienten auch die Militärkredite von ca. 1 Milliarde Dollar, die zumeist aus Rußland kamen. 70% des ganzen staatlichen Budgets wurde für militärische Zwecke ausgegeben. Indessen fehlte es an Mitteln für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Zweifelsohne brauchte der neue Staat eine schlagkräftige Armee. Aufstände gegen die Zentralregierung auf Sumatra und Celebes und der jahrelange Guerillakrieg von seiten der fanatischen Darul-Islam-Bewegung auf Westjava, welche einen streng mohammedanischen Staat anstrebte, ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Dazu kam noch der außenpolitische Gegensatz zu Holland wegen Westneuguinea, bis dieses Gebiet — auf Druck der USA — 1963 endlich dem indonesischen Staate einverleibt werden konnte. Ferner der Konflikt mit dem neuen Staate Malaysia, der, von England geschützt, als neokolonialistische Bedrohung empfunden wurde und zu militärischen Aktionen reizte.

Innenpolitische Wirklichkeit

Die Verfassung des Staates ruht auf fünf Grundsätzen, nämlich der sog. Pantjasila. Diese sind: der Glaube an Gott, die Menschenrechte, der Nationalismus, die Volksherrschaft und die soziale Gerechtigkeit. Doch blieb diese Staatsideologie genügend verschwommen und dehnbar, so daß auch die Kommunisten sich zu ihr bekennen konnten. Diese Partei war seit 1951 unter dem jungen, aber sehr fähigen Generalsekretär Aidit auf drei Millionen eingeschriebener Mitglieder gewachsen; sie beherrschte die Gewerkschaften und zählte außerdem noch Millionen Anhänger in zahlreichen Bauern- und Jugendverbänden.

Die Kommunisten trugen eine bewußt nationale und regierungsfreundliche Haltung zur Schau. Radikal bekämpften sie jede Hilfe von außen als einen neuen Weg zurück zum alten Kolonialismus. Geschickt appellierten sie dabei an den Nationalstolz: Indonesien hilft sich selbst! Die zunehmende Verelendung der Großstadtmassen trieb ihnen ja von selbst immer mehr einfache Leute zu, Reiskommunisten genannt, die sich vom Kommunismus wenigstens eine ausreichende Mahlzeit täglich versprochen. Sie begannen, die staatlichen Instanzen zu unterwandern, eine Volksmiliz aufzustellen und Heer und Polizei zu infiltrieren. Offiziell als staatstragende Partei anerkannt, wurde jede offene Gegenaktivität gegen die Kommunisten im Interesse der staatlichen Einheit untersagt. Antikommunistische Parteien, Zeitungen und Vereinigungen wurden immer häufiger verboten. 1964 ernannte Sukarno zwei Kommunisten zu Kabinettsministern. Er versuchte, die national-militärischen, religiösen und kommunistischen Kräfte zusammenzuhalten in einer Art mystischer Einheit (Nasakom). Aber diese Einheit und loyale Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gruppen und religiösen Kräften einerseits und den kommunistischen Bestrebungen andererseits blieb unreal, es fehlte dafür die gemeinsame Basis.

Trotzdem verstand Sukarno es meisterhaft, sich dieser gegensätzlichen Kräfte zu bedienen, um sie gegeneinander in Schach zu halten und sich so selber die Schlüsselpositionen zu sichern. Als kluger Politiker und zugleich als ein Volksführer, der von den Massen mit fast religiöser Inbrunst geliebt und als Vater des Vaterlandes und Führer zur Freiheit überschwänglich gefeiert wurde, konnte er sich jahrelang in dieser Balance-Stellung halten. Seine neue Ideologie, eine Art religiös-nationaler, stark links geprägter Sozialismus, warf er in immer neuen Formeln ins Volk. Diese schlagwortartigen Parolen wurden lange mit gläubigem Vertrauen aufgenommen, als ob ihre magische Kraft von selbst eine Besserung bewirken könnte. Die Kenntnis und die Erklärung aller dieser politischen Losungen in ihren geheimnisvollen Abkürzungen gehörten zum Examensstoff für die Schulen und Beamte. Für alle Mißstände in Staat und Wirtschaft machte aber die Staatsführung mit Vorliebe die „Nekolim“ (Neokolonialisten und Imperialisten) des Westens verantwortlich. Diese Feinde müßten durch die „Resopim“ besiegt werden (Resopim = nationale Revolution, Sozialismus und *pimpinian* = Führerschaft). Als aber trotz dieser und vieler anderer nationaler Parolen das immer wieder versprochene „madju“ (aufwärts) in der Praxis immer mehr zu einem „mundur“ (abwärts) wurde, verloren diese Schlagworte auch beim einfachen Mann auf der Straße ihre Glaubwürdigkeit. Das Wichtigste und Naheiegendste, was Sukarno dem Mann auf der Straße immer wieder versprochen hatte: „*sadang pamgan*“ (Nahrung und Kleidung) blieb Versprechen.

Außenpolitischer Irrealismus

Ohne Zweifel ist Sukarno eine Stärkung des Nationalgefühls gelungen, aber es wurde übersteigert. Er legte bewußt den Schwerpunkt auf die Außenpolitik, aber die Wirtschaft und Staatsfinanzen wurden dabei ruiniert. Das Erbe aus der Kolonialzeit hat man auf vielen Gebieten nicht weiterentwickelt, ja noch nicht einmal überall halten können. Sukarno sah sich unlängst selbst zum Eingeständnis gezwungen, er habe die Wirtschaft des Landes vernachlässigt. Aber sein Land sollte die Rolle einer Weltmacht spielen; es sollte nach dem Tode Nehrus die

Führung des sogenannten dritten Blocks — zwischen West und Ost — übernehmen. Aber man übersah dabei, daß mit politischer Unabhängigkeit nicht von selber auch Wohlstand und Fortschritt kommen, sondern daß diese nur durch Arbeit geschaffen werden muß. Der Führungsanspruch Indonesiens unter den neutralen Ländern wurde von diesen nicht anerkannt.

Die Verstaatlichung des holländischen, englischen und amerikanischen Besitzes, der Kalte Krieg gegen Malaysia, die Annäherung an Peking und schließlich der Austritt aus den UN und ihren Zweigen, all dies führte zur politischen Isolierung. Der Plan Sukarnos, eine Art Gegen-UN zu gründen, der dann China, Indonesien, Kambodscha, Nord-Vietnam und Nord-Korea angehören sollten — nach Sukarnos Terminologie also die sozialistischen fortschrittlichen Länder —, war reine Propaganda und wurde nirgends ernst genommen. Als Sündenböcke und zur Ablenkung von der Misere im eigenen Land brauchte Sukarno die „Oldefos“ = old established forces, die alten wohlhabenden kapitalistischen Länder des Westens, während er den Volksmassen eine goldene Zukunft des eigenen Landes in der Reihe der „Nefos“ verhiess, nämlich der new emerging forces, der neu aufkommenden Länder Asiens und Afrikas. Viel Energie und große Anstrengungen der Nation wurden so vergeudet, anstatt die Wirtschaft aufzubauen und dem Volke Arbeit und Brot zu geben. Es fehlte Sukarno an Selbstbescheidung und an nüchternem Blick für die Wirklichkeit.

Der Staatsstreich

Eine Zeitlang konnte man zwar auf Grund der 105 Millionen Bevölkerung und der räumlichen Ausdehnung des Staates, dem Volke die Illusion einer Großmacht vorgaukeln. Der Nationalstolz fühlte sich geschmeichelt, wenn auf die mit eigener Kraft erkämpfte Freiheit, auf die natürlichen Reichtümer des Landes und auf die eigene Ideologie verwiesen wurde — Errungenschaften, die man gegen Angriffe von außen und gegen Subversion von innen verteidigen mußte. Aber alle Kampfparolen gegen Imperialisten und Neokolonialisten und die aggressive Haltung gegen nicht faßbare „Bedrohung“ von außen vermochten auf die Dauer doch nicht, eine lethargische Bevölkerung aufzurütteln, für welche die Sorgen des Alltags realer und wichtiger waren. Sukarnos beliebter Slogan: „Vivere periculose“ = gefährlich leben, d. h. sich dabei auch persönlich einschränken müssen, um der äußeren Gefahr zu begegnen, verlor seine Suggestivkraft. Auch der gewöhnliche Mann fühlte den wirtschaftlichen Abstieg und ein politischer Aufstieg, der noch in der Zukunft lag, war dafür kein Ersatz.

Der schon lange schwelende Gegensatz zwischen den beiden mächtigsten Gruppen im Staate, nämlich zwischen der konservativen Armeeführung und der kommunistischen Partei, brach am 30. September 1965 offen aus. Sukarnos labiler Gesundheitszustand scheint die Kommunisten veranlaßt zu haben, loszuschlagen, um der Armee zuvorzukommen. Der Staatsstreich wurde von kommunistisch gesinnten Truppen ausgeführt; eine Hauptrolle spielte dabei Sukarnos eigene Leibwache. Der antikommunistische Generalstab des Heeres wurde ermordet, aber die wichtigste Person, der einflußreiche Verteidigungsminister Nasution, entkam. Und daran scheiterte der Putsch, denn Nasution zog sofort Truppen in der Hauptstadt zusammen, die dort in wenigen Tagen den Aufstand unterdrückten. Die Leitung der kommunistischen Partei verhielt sich abwartend, der Putsch scheint

für sie verfrüht gekommen zu sein. Die Armee verhängte den Belagerungszustand, es setzte eine scharfe Verfolgung der Kommunisten ein, ihr ganzer Parteiapparat wurde zerschlagen und die Partei als staatsgefährlich von den Militärbefehlshabern verboten. Die Kommunistenführer hatten den Putsch gebilligt und ihn wohl auch als ersten Schritt zur Machtübernahme angesehen. Aber sie versäumten, die Millionen ihrer Anhänger und die vielen Tausende ihrer Volksmiliz zu mobilisieren und eventuell durch einen Generalstreik das ganze Staatsgefüge zu erschüttern. Wahrscheinlich hofften sie, auf legale Weise an die Macht zu kommen, dadurch, daß Sukarno die wichtigsten Posten in Heer und Verwaltung den Kommunisten übertragen würde.

Die Macht der Armee

Die Haltung Sukarnos selber blieb in dieser Sache äußerst zweifelhaft. Er versuchte, die kommunistische Partei zu retten, anerkannte ihre Staatstreue und wollte sie nur aus ihrer Pekinghörigkeit lösen. Aber die Armeeführung ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen, endgültig mit den Kommunisten abzurechnen. Sie fand nicht viel Widerstand; es zeigte sich, daß viele Millionen Kommunisten nur Mitläufer gewesen waren. Der antikommunistisch eingestellte Volksteil der Mohammedaner und Christen — und das war weitaus die Mehrheit des Volkes — unterstützte überall die Maßnahmen des Heeres, nicht nur auf Java, sondern auch auf den Inseln. Der heimtückische Mord der Generalität führte zu Rachemaßnahmen. Die Aktion richtete sich naturgemäß auch gegen Rotchina, als Verbündeten der indonesischen Kommunisten. Sukarno blieb nichts anderes übrig, als nachträglich die Maßnahmen der Armeeführung widerwillig zu billigen, um wenigstens den Schein zu retten, als handle man in seinem Namen. Sein Prestige war stark angeschlagen. Die Politik der Balance hat, vorläufig wenigstens, ausgespielt. Die Einheit in der Nasakom ist zerstört; die dritte Säule darin, nämlich die kommunistische, ist gefallen. Es dürfte für Sukarno schwer werden, sie wiederaufzurichten.

Es ist zu hoffen, daß nun eine innere und äußere Befriedung eintritt. Den konservativen Kräften ist an der künstlich hochgezüchteten Kampagne gegen Malaysia nicht viel gelegen. Freilich muß man in Asien das Gesicht wahren, kann also den politischen Kurs nicht radikal von heute auf morgen ändern. Aber die Not und die sozialen Mißstände im eigenen Lande erfordern unbedingt großzügige Sanierungsmaßnahmen. Zwar ist die Armee selber eine Art Staat im Staate. Sie hat auch in der Zivilverwaltung und Wirtschaft eine starke Stellung, sie hat die Aufsicht über die verstaatlichten ausländischen Plantagen und industriellen Anlagen, hat eigene Versorgungsbetriebe, und die Territorialkommandanten sind in ihren Maßnahmen weitgehend selbständig. Der Umsturzversuch und seine Folgen haben nun die Macht und das Ansehen der militärischen Führung noch vermehrt. Hoffentlich gebrauchen sie aber die neue Machtfülle zum Wohle der darbenenden Bevölkerung und geben dem Lande die innere Ruhe und Stabilität, die es zum Aufstieg dringend benötigt.

Die Religionsstruktur des Landes

Die Katholiken machen von der Gesamtbevölkerung nur 1,5 % aus, also ca. 1,5 Millionen. Die Zahl der Protestanten wird auf das Doppelte geschätzt. Die christlichen Religionen sind also nur eine kleine Minderheit. Das Gros der Christen stammt aus den animistischen Stämmen der

Außeninseln, von den östlichen Kleinen Sunda-Inseln und aus West-Neuguinea, also im allgemeinen nicht aus den führenden Völkerschaften des Staates. Die Atjeh und Minangkabau auf Sumatra, die Javanen und die Sudanesen auf Java, die Makassaren und Buginesen auf Celebes, also die größten und wichtigsten Bevölkerungsteile sind mohammedanisch, die Balier mit über einer Million hinduistisch. Die christlichen Missionen hatten ihre größten Erfolge also bei rückständigeren Naturvölkern, deren Gesamtziffern freilich nur wenige Millionen beträgt. Immerhin muß es auffallen, daß nur in Indonesien ein größerer Einbruch in islamitisches Glaubensgebiet erfolgte: in Mitteljava wurden ca. 130 000 Muslims katholisch. Dieser Gruppe javanischer Katholiken, die also noch nicht einmal 10% der Gesamtsumme der Katholiken im Staate ausmacht, kommt aber die geistige und soziale Führerschaft unter den indonesischen Katholiken zu. Denn die Masse der Katholiken wohnt, wie erwähnt, in Gebieten, die im Staatsganzen vorläufig noch wenig Bedeutung haben.

90% der Bevölkerung Indonesiens werden gewöhnlich als mohammedanisch bezeichnet. Freilich darf man darunter nicht lauter Mohammedaner verstehen. Bei der letzten Volkszählung (1960) gaben sich nur 43% als eigentliche Mohammedaner an, die anderen nannten sich Anhänger der „javanischen“ Religion, also einer mehr liberalen Islam-Richtung, die noch manche Elemente aus heidnischer und hinduistischer Zeit beibehalten hat. Für sie ist der Koran nicht mehr in allem und jedem verpflichtend. Darum scheiterte auch der Versuch einer überzeugten islamischen Richtung, den Koran zur Grundlage der neuen Staatsverfassung zu machen.

1960 äußerte der damalige Staatsminister für religiöse Angelegenheiten, Kjahi Hadji Muhammed Wahab Wahib, in einer Rede zum Geburtsfest Mohammeds: Außer denen, die nur statistisch und dem Namen nach Moslems sind und nichts über ihren Glauben wissen, gebe es nur eine kleine Gruppe praktizierender Muslims, die ihren Namen verdienen. Diese Gruppe umfaßt nicht mehr als 10% der Bevölkerung.

In der Zeit der Islamisierung wurde der Islam dem Volk aufgezwungen, was zur Folge hatte, daß der indonesische Islam nur oberflächlich und äußerlich ist. Nirgends wird die islamische Pflichtenlehre vollständig beobachtet. Obwohl also die Zahl der eigentlichen Muslims nur sehr klein ist, und die große Masse nur dem Namen nach Mohammedaner sind, ist die Kirche noch nicht in einen wirklichen Dialog mit dem Islam getreten. Wenn man im Augenblick von einem guten Verhältnis zwischen Christentum und Islam sprechen kann, dann deswegen, weil beide Religionen einen gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus in Indonesien führen.

Die katholische Kirche

Die katholischen Geistlichen (1964: Gesamtzahl 1325) sind sehr ungleich verteilt. Flores-Timor, wo drei Fünftel der indonesischen Katholiken wohnen, wird nur von einem Fünftel seiner Priester betreut. Eine große Zahl katholischer Priester wirkt in den Mittel- und Hochschulen Javas. In der eben genannten Zahl von 1325 Priestern sind 215 einheimische Priester miteingeschlossen. Das ist noch nicht ein Sechstel der Gesamtzahl. An den höheren Schulen studieren etwa 400 Theologiestudenten. Der zahlenmäßige Rückstand an einheimischem Klerus erklärt sich daraus, daß das große Wachstum der katholischen Mission in Indonesien erst in den

dreißiger Jahren einsetzte. Das Christentum ist also meist noch sehr jung. So nimmt es nicht wunder, daß in Indonesien erst auf 7000 Katholiken ein Priester kommt. Die Zahl der ausländischen Missionare blieb lange konstant, ja sank allmählich ab. Die einschneidende Beschränkung der Einreiseerlaubnis von seiten der Regierung in den Jahren 1950 bis 1960 führte in manchen Missionsgebieten zu einem akuten Priestermangel, der dann auch seine Rückwirkung auf das religiöse Leben der Neuchristen hatte. In den letzten Jahren wurde die Einreiseerlaubnis für ausländische Missionare wieder großzügiger gehandhabt. Das ist für die indonesische Kirche lebensnotwendig, denn der indonesische Katholizismus wird sowohl was das Seelsorgepersonal angeht wie auch finanziell die Hilfe der europäischen Glaubensgenossen nicht entbehren können. Trotzdem ist aber die Indonisierung der Kirche Indonesiens auf gutem Wege. Die wichtigsten Bischofsitze, die Leitung von Priesterseminaren, von Lehrerkollegien und weltlichen höheren Schulen sowie andere öffentliche Ämter sind bereits durchwegs dem einheimischen Klerus anvertraut.

Blühendes Schulwesen

Seit jeher hat die Mission großen Wert auf ein gut ausgebautes Schulwesen gelegt. Als nach errungener Selbstständigkeit der junge Staat mit bewunderswerter Energie daranging, den großen Rückstand aus der Kolonialzeit, vor allem an höheren Schulen, aufzuholen, mußte natürlich auch die Mission viel Personal und große Mittel für den Ausbau ihrer Schulen aufwenden. Die Katholiken mußten ja bildungsmäßig voranstehen, wenn sie nicht rein zahlenmäßig überrollt werden wollten. In jedem Missionsgebiet wurden deshalb neue Volksschulen, Berufsschulen, mittlere und höhere Schulen eröffnet. Es kam zwar nicht zur Gründung einer eigenen katholischen Universität, aber eine Reihe katholischer Universitätskollegien, die den staatlichen Universitäten angeschlossen sind (wie in Djakarta, Bandung, Djokja, Medan, Ende usw.), wurden zu katholischen Bildungszentren mit großer Breitenwirkung. Die staatlichen Behörden waren allen privaten Schulgründungen gegenüber außerordentlich entgegenkommend, ob es sich dabei um konfessionelle oder neutrale Schulen handelte. Sobald eine neue Schule die staatlich geforderten Bedingungen erfüllte, bekam sie Unterstützung. Für die Gehälter ihrer Lehrer kam der Staat auf.

Nur dadurch war es möglich, daß die Mission ein so imponierendes Schulwesen aufbauen konnte. Durch ihre schulischen Leistungen, wegen ihrer Disziplin und ethischen Grundsätze erfreuen sich die katholischen Schulen überall hohen Ansehens. Oft übertrifft die Anzahl der nicht-katholischen Schüler diejenige der Katholiken. Auch der prozentuale Anteil der Katholiken unter den Hochschullehrern liegt höher als der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung. Auf Kosten der Mission studieren zahlreiche begabte Studenten an den Universitäten des In- und Auslandes, weil man allenthalben dringend Laienführer benötigt. Natürlich ist es auch für die Abiturienten der Missionsschulen ein Problem, später eine entsprechende Stellung zu erhalten, da Wirtschaft und Handel darniederliegen und die staatlichen Beamtenstellen überbesetzt sind. Der Lehrerberuf hat an Anziehungskraft verloren, nicht nur wegen der niedrigen Gehälter, sondern auch weil sie oft zu spät ausgezahlt werden und das Geld inzwischen weiter an Kaufkraft verloren hat. Gewöhnlich hat dann die Mission selbst ihren Lehrern

unter großen Opfern über solche Notzeiten hinweghelfen müssen. Diese unsichere Lage der studierenden Jugend trägt nicht wenig dazu bei, daß sie für radikale politische Parolen leichter anfällig wurde. Aber trotzdem erstreben die allermeisten nur ihr Studienziel und hungern und arbeiten sich mühsam zum Abschluß durch.

Trotz der staatlichen Unterstützung verlangt natürlich das Schulwesen der Mission nicht geringe Opfer an Personal, Zeit und Geld. Große und moderne Schulbauten samt Einrichtung sind nötig, denn die Schulen müssen auf der Höhe des staatlichen Standards stehen. Und bei der Menge und Vielfalt des verlangten Unterrichtsstoffes tritt nicht nur manchmal der Religionsunterricht zugunsten der profanen Fächer etwas in den Hintergrund, sondern die Missionsschule vermittelt überhaupt zu wenig katholisches Bildungsgut. Andererseits werden durch die Schule immer noch zu viele Geistliche von der eigentlichen Missionsarbeit abgehalten.

Das Verhältnis zum Staat

Auf politischem Gebiete konnte die kleine katholische Partei, die unter 282 Parlamentsmitgliedern nur 6 eigene Mitglieder zählte, natürlich keine große Rolle spielen. Aber zusammen mit der protestantischen und mohammedanischen Partei verfocht sie unermüdlich die religiöse Grundlage der Verfassung, welche die Kommunisten auszuhöhlen versuchten. Freilich war der offene Kampf gegen den Kommunismus praktisch unmöglich, sowohl in der Presse wie im gesprochenen Wort. Denn die kommunistische Partei gehörte ja zu den staatstragenden, offiziell anerkannten Parteien; öffentliche Polemik dagegen wurde von ihr als Sabotage der nationalen Einheit gebrandmarkt, als subversive Aktion gegen die Nasakom, Sukarnos Lieblingsidee. Zudem verstanden es die Kommunisten, sich sogar als Vorkämpfer der Religion zu tarnen, schon mit Rücksicht auf die Millionen gläubiger Mohammedaner, die sie in ihren Reihen zählten. So wurden die Grenzen verwischt. Nicht selten wurden auch Gruppen katholischer Lehrer, Studenten und Beamten, aber auch die Bevölkerung der unteren sozialen Schichten vom Kommunismus infiziert. Der wachsende Einfluß der Kommunisten im Staatsleben zwang ihre weltanschaulichen Gegner zur Vorsicht, steigerte aber ihre Angriffslust, was mancherorts dann auch zu Übergriffen führte. Manche staatliche Behörde erwies sich dem zunehmenden kommunistischen Druck gegenüber als zu willfährig. Darunter hatte dann auch nicht selten die Mission zu leiden.

Immer stärker zeichnete sich auch der Griff des Staates nach allen Jugendverbänden und -vereinigungen ab, die man in der „Nationalen Front“ zusammenschließen wollte. Sie wurde von den staatlichen Instanzen und von der Armee nachdrücklich gefördert, besonders vom Propagandaministerium, das in jeder größeren Ortschaft Zweigstellen unterhält. Auch in dieser Einheitspartei, die auf lange Sicht alle andern politischen Parteien ersetzen sollte, hatten die Kommunisten bereits wichtige Schlüsselstellungen besetzt. Sukarno hoffte wohl, die Kommunisten leichter unter Kontrolle halten zu können, wenn er sie zur Mitverantwortung im Staate heranzog.

Sukarno und der Katholizismus

Staatspräsident Sukarno hat manches Mal die Katholiken mit öffentlichem Lob bedacht. Während der holländischen Herrschaft war Sukarno selbst als einer der einflußreichsten Nationalführer nach Flores verbannt wor-

den. Ende, die Hauptstadt von Flores, wurde ihm von 1934—38 als Zwangsaufenthalt zugewiesen. Dort nun lernte er persönlich die segensreiche Tätigkeit der katholischen Mission kennen, vor allem auf sozialem Gebiete. Er kam in Kontakt mit Priestern und Missionsbrüdern, fand Verständnis und Hilfe, der eine und andere Missionar wurde für ihn ein persönlicher Freund. Als er später als Präsident des neuen Staates nach Flores zurückkam, sparte er nicht mit Worten der Anerkennung und des Dankes. Seine persönlichen Erfahrungen mit der Arbeit der Mission während seiner langen Internierungsjahre haben denn auch Sukarnos Haltung der Mission gegenüber beeinflußt.

Als im West-Neuguinea-Konflikt 1960—63 alle Holländer des Landes verwiesen wurden und einflußreiche Kreise in Djakarta auch die Ausweisung der Missionare holländischer Nationalität forderten — und das waren damals über drei Viertel des gesamten katholischen Missionspersonals —, machte Sukarno für die Missionare holländischer Nationalität eigens eine Ausnahme. So wurde eine schwere Krise in der Mission verhütet. Hierbei berief er sich immer wieder auf seine persönliche Einsicht in die katholische Missionsarbeit. Seine Kinder schickte er auf Java in katholische Schulen. Als die katholische Mission später auf Neuguinea mit den neuen indonesischen Behörden wegen der Fortführung ihrer Schulen Schwierigkeiten bekam, machte Sukarno dem ein Ende, indem er erklärte: „Wenn die katholische Schule gut für meine eigenen Kinder ist, dann ist sie sicher wohl auch gut genug für die Papua!“ Das Wohlwollen des Staatsoberhauptes gegen die katholische Mission war allgemein bekannt und hat gewiß auch auf die Haltung der Behörden abgefärbt. Jedenfalls wurde dadurch eher ein Übergriff verhütet oder zurückgenommen. Diese ausgesprochen freundliche Haltung der Staatsführung legte natürlich andererseits der Missionsleitung manche Beschränkung auf. Man schwieg zu manchen Ungerechtigkeiten und gefährlichen Maßnahmen. Jede Kritik an der Staatsführung wurde sorgfältig vermieden und der Weisheit und Gerechtigkeit des obersten Lenkers manchmal in der katholischen Presse allzu reichlich Weihrauch gestreut. Der Byzantinismus in Ergebnissadressen und bei öffentlichen Kundgebungen war freilich damals eine Allgemeinerscheinung.

Soziale Tätigkeit der Kirche

Die Staatsregierung legte Wert auf religiös-sittliche Erziehung, nicht nur in der Schule, sondern auch im Heere. Die Militärggeistlichen aller Bekenntnisse werden vom Staate besoldet. Der Bischof von Semarang ist gleichzeitig Armeebischof, und zahlreiche katholische Geistliche stehen in höherem militärischem Rang. Um die Soldaten noch besser religiös betreuen zu können, stellte der Staat Katechisten an, welche bereits die von der Kirche geforderte religiöse Ausbildung hatten (*missio canonica*). Nach dreimonatiger Militärzeit bekamen diese Katechisten dann den Leutnantsrang. Wegen ihrer anerkannt guten Schulen, wegen der hervorragenden Leistungen ihrer Krankenhäuser und sonstiger karitativer Einrichtungen und nicht zuletzt auch wegen des bekannten Wohlwollens des Staatspräsidenten erfreut sich die katholische Mission im allgemeinen auch großer Hochschätzung im Volke. Um ein Gegengewicht gegen den übermächtigen Einfluß der kommunistischen Gewerkschaft (*sobsi*) mit ihren Zweigen zu schaffen und gleichzeitig die katholische Soziallehre in die Praxis umzusetzen, gründete die Mis-

sion auf Mitteljava Bauerngenossenschaften (Tani Pantjasila). Diese wurden dann auch von den Missionen der Außen-Inseln übernommen und progagiert. Auch der nichtchristlichen Bevölkerung stand der Zutritt offen. Die zielbewußte Arbeit an der materiellen und sozialen Hebung der Bauern, welche das Gros der Bevölkerung ausmachen, trägt bereits gute Früchte. Natürlich ist ihre Mitgliederzahl vorläufig noch bescheiden, aber die Kaderbildung, wirksame Hilfsaktionen und wachsendes Solidaritätsgefühl verschaffen der christlichen Pantjasila-Bewegung auch nach außen hin immer mehr Einfluß. Diese Kernarbeit im kleinen, die auch schon auf die Arbeiter ausgedehnt wurde, hatte mehr Zukunftsaussichten als manche machtvoll aufgezogene gewerkschaftliche Massenorganisation, deren große Pläne dann zahlreichen Kommissionen und Subkommissionen übertragen wurden und entweder nur auf dem Papier blieben oder versandeten, bevor sie durchgeführt waren.

Da der Episkopat und fast alle Missionsgesellschaften Indonesiens mitarbeiten, ist die Pantjasila unerwartet auch zu einer einigenden Kraft geworden, die für die Zukunft der Kirche Indonesiens gewiß ihre Bedeutung hat. Wenn auch die Mitgliederzahl der Pantjasila noch recht bescheiden ist, wird ihre Bedeutung immer größer.

Die Mitarbeit der Mission an der wirtschaftlichen Hebung des Volkes war naturgemäß auf den Außen-Inseln mit ihrer vielfach noch unterentwickelten Landbau-Bevölkerung augenfälliger als in den Millionenstädten Javas, wo die Verhältnisse völlig anders gelagert waren. Auf Flores-Timor ist beispielsweise die Mission ein ganz wichtiger Faktor beim wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und bei der Schaffung eines Mittelstandes, der nicht nur Lehrer und Beamte, sondern auch Facharbeiter und Handwerker umfaßt. Mit Hilfe der deutschen Misereor-Aktion wurden Handwerker- und Haushaltungsschulen ausgebaut, technische Schulen errichtet, Landbaugeräte unter die Bevölkerung gebracht, Wasserleitungen und Brunnen angelegt, mit Kleinindustrie begonnen, Beihilfen zu gesünderem Wohnungsbau gegeben und neue Zentren für medizinische Hilfe geschaffen. Auch die Ausbildung von geeigneten Kräften auf Java und in Europa für Ackerbau und Viehzucht, für Medizin und Volkswirtschaft gehört dazu. Aber das Fehlen von Entwicklungshelfern wie überhaupt der Mangel an ausführenden Kräften erschweren diesen Aufbau nicht weniger als der chronische Mangel an Baumaterialien und wichtigen Importgütern.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten der Mission

Die materielle Notlage des Staates hat natürlich auch die Missionsarbeit stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Ausbau von notwendigen Instituten wurde jahrelang verzögert, weil die nötigen Baumaterialien nur schwer beschafft werden konnten. Darunter haben vor allem die Inseln außerhalb Javas, wo neun Zehntel aller Katholiken wohnen, sehr gelitten. Das darniederliegende Transportwesen, über Land und See, der schlechte Zustand der Wege mit dem hohen Verschleiß an Transportmitteln, die teuren Fracht- und Ladekosten und nicht zuletzt die Bestechungssummen, die für geregelte Abwicklungen zur Vorbedingung wurden, das alles verteuerte jede Sendung aus Europa um das Dreifache, ehe sie an Ort und Stelle war. Die willkürlichen Abgaben, welche Lokalbehörden erhoben, die vielen Diebstähle, die gewöhnlich gerade die wichtigsten Güter betrafen, die Verschleppung von Anträgen und Bittgesuchen, das alles schuf neue Verzögerungen. Bis endlich die Einfuhrlicenzen, über die Behörden

auf den Außeninseln bei der Zentrale in Djakarta eingereicht, im Behördenschlingel die richtige Stelle gefunden und bewilligt worden waren, verging soviel Zeit, daß jede termingerechte Planung größerer Missionsprojekte überhaupt unmöglich wurde. Das Zuteilungssystem an Grundnahrungsmitteln für die großen Schulinternate schuf neue prekäre Situationen. Wenn diese Zuteilungen nicht rechtzeitig eintrafen, mußten nicht selten Schulen geschlossen werden. Die willkürliche Schaffung neuer Zollgebiete von seiten lokaler Behörden erschwerte und verteuerte den Handel. Auf einer der Kleinen Sunda-Inseln mit nur 16000 qkm Fläche errichtete man beispielsweise fünf Zollgebiete, wo man für jeden Import und Export 10% Steuern erhob und wirtschaftliche Autarkie anstrebte. Das führte dann öfters zu grotesken Zuständen.

Eine große Schwierigkeit für die Mission wie für die einheimische Bevölkerung bildet die schlechte medizinische Versorgung. Indonesien leidet unter einem außerordentlich großen Mangel an Ärzten. Auf 70000 Einwohner kommt durchschnittlich ein Arzt. Unter allen Ländern steht es darin so ziemlich an letzter Stelle. Auf den benachbarten Philippinen kommt vergleichsweise auf 3000 Einwohner ein Arzt. Am meisten leiden darunter die Außeninseln; auf Flores trifft auf 300000 Einwohner ein Arzt. Die labilen Verhältnisse machten es neben anderen Gründen fast unmöglich, noch ausländische Missionsärzte hinzuzuziehen. Die mangelhafte medizinische Versorgung ist aber schuld am frühzeitigen Tode so manchen Missionars oder an chronischer Erkrankung und vorzeitige Repatriierung.

Aufgaben für die Zukunft

Aber das sind nur einige Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Alltags. Größere Probleme bringt für die Mission wie in allen eben erst in die technische Zivilisation eintretenden Ländern der gesellschaftliche Strukturwandel im Lande mit sich.

Die traditionellen Rechtsträger, die Sippen- und Familienhäupter, werden von der jungen Generation immer mehr auf die Seite geschoben, aber die neuen Behörden sind noch zu schwach und oft auch zu inkompetent, um die Stelle der alten Autoritäten einzunehmen. Dieser Mangel an Autoritätsgefühl zeigt sich dann gelegentlich auch gegenüber der religiösen Leitung. Das offiziell propagierte Mißtrauen und die Abwehrhaltung gegenüber allem, was aus dem Westen kommt, hat zuweilen auch die Haltung der Christen ihren ausländischen Missionaren gegenüber nicht unbeeindruckt gelassen. Aber im allgemeinen haben die auswärtigen Missionare auch in Zeiten größerer Emotionen und Spannungen ungestört ihre Seelsorgsarbeit fortsetzen können und das Vertrauen und die Zuneigung ihrer Gläubigen behalten. Daß der fremde Missionar für jede größere Reise selbst auf kleinen Inseln die Erlaubnis von den Polizeinstanzen einholen muß, mag lästig empfunden werden, ist aber nicht als polizeiliche Überwachung oder gar als Schikane beabsichtigt.

Die katholische Mission in Indonesien hat sich in der Vergangenheit stets als ein stabilisierender Faktor erwiesen. Sie wird jetzt nach der Beseitigung der kommunistischen Gefahr noch mehr als bisher mitarbeiten können an der sozialen Befriedung und beim wirtschaftlichen Aufbau. Die Zeiten der spektakulären Massenbewegungen zum Christentum sind vorbei. Die Katholiken werden damit rechnen müssen, noch lange eine kleine Minderheit zu bleiben. Aber trotzdem geht schon jetzt ihr Einfluß ein gutes Stück über ihren prozentualen Bevölkerungs-

anteil hinaus. Doch tut eine größere Aufgeschlossenheit ihren andersgläubigen Mitbürgern gegenüber not. Erst in letzter Zeit verdichten sich die Kontakte und wächst die Zusammenarbeit zwischen Konfessionen und Religionen. Eine vertiefte spezielle Seelsorge, mehr glaubensbewußte Christen aus dem Laienstande als Führer der christlich-sozialen Bewegung, das ist auch für die katholische Mis-

sion in Indonesien das Gebot der Stunde. Zu viele Aufgaben wurden bis jetzt dem Klerus überlassen, der doch rein zahlenmäßig schon seinen seelsorglichen Verpflichtungen nicht genügend entsprechen konnte. Das Zweite Vatikanische Konzil dürfte auch der katholischen Mission Indonesiens manche neue Wege in ihrem pastoralen Wirken weisen.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Publizistik in der demokratischen Gesellschaft

„Publizistik — vierte Gewalt?“ — unter diesem etwas altmodisch und durchaus mißverständlich formulierten Obertitel behandelte eine Tagung der Katholischen Akademie in Bayern vom 26./27. Februar 1966 das Thema „Stellung und Funktion der Publizistik in Gesellschaft und Staat“. Der Obertitel stieß übrigens bei fast allen Referenten auf einhellige Ablehnung. Die Frage, ob die Presse oder im weiteren Sinn die Publizistik die vielzitierte vierte Gewalt im Staate sei, wurde zurückgewiesen oder entschieden mit nein beantwortet. Es ging dabei keineswegs um die Tötung eines Schlagworts, sondern um eine grundsätzliche Ortsbestimmung der Publizistik in der demokratischen Gesellschaft.

Der Gesellschaft zugeordnet

Die Publizistik sei weder ein Staat im Staate, könne und wolle das nicht sein (auch wenn manche Presseprivilegien, um die die Publizistik kämpft, darauf hinweisen könnten), sie sei aber auch kein Staats- oder gar Verfassungsorgan, sondern habe ihren Platz, ihre Funktion und Aufgabe in der freien Gesellschaft. Sie sei nicht dem Staate, sondern der Gesellschaft zugeordnet. Sie habe eine gesellschaftliche und keine staatliche Funktion. Nur weil bei uns in Deutschland — dieser Vorwurf war vor allem im ersten Referat des Chefredakteurs der Süddeutschen Zeitung, Hermann Proebst, zu hören, wiederholte sich aber auch in den späteren Referaten und in der nicht sehr ertragreichen Diskussion — Staat und Gesellschaft immer noch miteinander identifiziert würden, könne das Mißverständnis von der Publizistik als der vierten Gewalt im Staate aufkommen. Eine auch nur vergleichsweise Zuordnung der Publizistik zur Montesquieschen Dreieitigkeit bzw. Dreiteilung der Staatsgewalt — Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit — verrate obrigkeitsstaatliches Denken und sei mit der Funktion der Publizistik in einem demokratischen Gesellschaftsgefüge völlig unvereinbar. Wer die Presse dem staatlichen Bereich zuordne oder aus ihr in völliger Verkennung ihrer wirklichen Öffentlichkeitsaufgabe eine Art Staats- oder Verfassungsorgan mache, der etatisiere die öffentliche Meinung, mißverstehe völlig das Wesen der Presse und die Funktion der Information, die ja den allseitigen Gedankenaustausch und die Kommunikation über die Ereignisse in einer bestimmten Gesellschaft zum Ziele habe. Deswegen dürfe es auch keine durch staatliche Gesetzgebung privilegierte Presse geben, die den gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß eher behindern oder beschneiden als fördern und so das demokratische Gesellschaftsgefüge in einem seiner wichtigsten Lebenselemente schwächen würde. Der erstaunliche Konsens zwischen den beiden so ver-

schiedenen Geistesrichtungen angehörenden und in den praktischen Fragen des Presserechts, wie etwa in der Frage des publizistischen Landesverrats oder des Zeugnisverweigerungsrechts, so unterschiedlich denkenden juristischen Referenten der Tagung, Bundesrichter Günther Willms, Karlsruhe, und Prof. Helmut Ridder, Gießen, war wohl nicht nur auf das gemeinsame liberale Erbe zurückzuführen, auf das sich beide beriefen, sondern auf die gemeinsame Grundüberzeugung, daß es in Deutschland immer noch darauf ankomme, die freien gesellschaftlichen Kräfte, auf denen eine demokratische Ordnung beruht, stärker vom Staat abzuheben, und daß es erst durch eine klare Scheidung von Gesellschaft und Staat, von gesellschaftlichen Aufgaben und Staatsfunktionen möglich werde, den gesellschaftlichen und rechtlichen Status der Publizistik zu bestimmen.

Der Klärung dieses Verhältnisses galt auch das leider etwas in der historischen Anekdote steckengebliebene Referat von Hermann Proebst. Der Einfluß obrigkeitsstaatlichen Denkens auf das gesellschaftliche Selbstverständnis des Deutschen ist nach Proebst bis in die jüngste Vergangenheit herein auch für das Verhältnis des deutschen Lesers zur Presse bestimmend geblieben. Wie der Deutsche im politischen Leben sich erst sehr langsam von obrigkeitsstaatlichem Denken befreien können und zu einem demokratischen Selbstverständnis der Gesellschaft finde, so habe man in Deutschland den selbstverständlichen Umgang mit der Presse immer noch nicht vollends gelernt.

Obrigkeitsstaatliches Erbe

Zur Stützung dieser These, die auch von den anderen Referenten, wenn auch mit Einschränkungen, bestätigt wurde, verfolgte Proebst die Ursachen bis in die Reformationszeit zurück. Während sich in anderen Ländern mit der Reformation und dem Einbruch der Renaissance nonkonformistische Strömungen herausgebildet hätten, habe man in Deutschland vor den weltlichen Fürsten kapituliert, indem man ihnen sogar das Recht über Glauben und Gewissen der Untertanen zubilligte. Die deutsche Presse sei im Schatten des Obrigkeitsstaates entstanden und habe sich, da die Gesellschaftsauffassung des Deutschen und sein praktisches Verhältnis zum Staat von der engen Bindung der deutschen Geschichte an die Landesfürsten bestimmt gewesen sei, bis heute nicht vollends von den Nachwirkungen dieses Denkens befreien können.

Anders als etwa in der angelsächsischen Welt sei die deutsche Publizistik im engsten Verhältnis zur staatlichen Verwaltung entstanden und groß geworden. Das Selbstverständnis der Presse leitete sich zunächst weniger von ihrer Funktion allseitiger Information des Bürgers her, sondern von seinem Dienst an der Verwaltung und von